

Assanges Bruder: „Julian könnte die Todesstrafe erhalten“, im Falle einer Auslieferung

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Max Blumenthal (MB): Gabriel Shipton, was führt Sie nach Washington, D.C.?

Gabriel Shipton (GS): Wir sind nach der Berufungsanhörung von Julian im Vereinigten Königreich, um im Kongress und im Senat für die Resolution 934 zu werben, die eine Resolution für die Befreiung Julians ist. Diese ist im Ausschuss, im Kongress, im Repräsentantenhaus.

MB: Gab es Durchbrüche bei den Mitgliedern des Kongresses?

GS: Ja. Ende letzten Jahres konnten wir Jim McGovern an Bord holen. Und ich denke, ihn dabei zu haben - er ist in der Demokratischen Partei recht ranghoch - hat einen großen Unterschied gemacht. Er hat am Montag ein Briefing mit Agnes Callamard von Amnesty International und Jodie Ginsberg vom CPA (Committee to Protect Journalists) veranstaltet, und das Briefing war voll. Sie mussten Leute wegschicken. Ich glaube also, dass das Interesse an diesem Fall im Kongress eine echte Dynamik entwickelt hat. Daher glaube ich, dass Julian im Kongress, insbesondere im Repräsentantenhaus, eine wachsende Unterstützung erfährt.

MB: Und um was bitten Sie die Gesetzgeber? Was sollen sie für Julian Assange tun?

GS: Wir möchten, dass sie vortreten und diese Resolution unterstützen, so dass sie möglicherweise zur Abstimmung kommen kann. Ich denke, wir suchen etwa 20 Mitunterzeichner für die Resolution. Wir bitten sie also direkt darum, und auch als lautstarke Unterstützer aufzutreten oder, Sie wissen schon, diese Strafverfolgung als das zu bezeichnen, was sie ist: ein Angriff auf die Pressefreiheit, ein Angriff auf die Rechte der Amerikaner nach dem ersten Verfassungszusatz. Das ist es also, worum wir sie idealerweise bitten, ähnlich wie es andere Kongressabgeordnete in der Vergangenheit getan haben, wie Marjorie Taylor Greene oder Jim McGovern, die jetzt die Regierung Biden lautstark zur Beendigung dieser Strafverfolgung auffordern.

MB: Was sagt es Ihrer Meinung nach über die Politik der USA aus, wenn Marjorie Taylor Greene auf der einen Seite die Resolution unterstützt und Chuy Garcia und Ilhan Omar auf der anderen Seite, was sagt das über die derzeitige Politik aus?

GS: Nun, ich denke, [unhörbar], dann reden die Leute immer über diese Hufeisentheorie in der Politik, Sie wissen schon, die Linken und die Rechten, die extremen Linken und die Rechten sind tatsächlich näher beieinander als die Zentristen. Ich denke also, dass das wirklich aussagekräftig ist. Diese beiden Lager sind sich oft einig, werden aber auseinandergehalten oder getrennt. Aber wenn sie sich einig sind, glaube ich, dass sie sehr mächtig sind und einiges durchsetzen können. Für mich ist Julians Thema genau das: Es vereint die Linke und die Rechte auf der ganzen Welt. Wir haben das in Australien gesehen, und jetzt sehen wir es im Kongress. Ich denke also, es ist wirklich machtvoll.

MB: Hatten Sie irgendwelche Kontakte mit der Biden-Administration oder irgendwelche Hinweise darauf, wie sie zur weiteren Verfolgung von Julian Assange stehen?

GS: Nein, nicht mehr, seit das Verfahren stattgefunden hat. Aber im September besuchten wir das Justizministerium mit einer Gruppe australischer Parlamentarier. Und, wissen Sie, das Justizministerium war unnachgiebig in der Verfolgung dieses Falles und drängte auf eine Strafverfolgung und die Auslieferung von Julian. Mein Eindruck von der Biden-Administration ist also, dass sie diese Strafverfolgung mit ganzem Herzen verfolgt.

MB: Sie waren gerade in London bei der jüngsten Runde des Gerichtsverfahrens. Erzählen Sie uns, was dort passiert ist, und wie es Julian geht.

GS: Eine zweitägige Anhörung vor dem Royal Courts of Justice. Es war das erste Mal, dass Julians Verteidigung in der Lage war, die CIA-Verschörungen vorzubringen, die gegen Julian gerichtet waren und die unter Mike Pompeo entstanden, als er nach den Vault-7-Leaks CIA-Direktor wurde. Es war also das erste Mal, dass all diese Journalisten des Establishments im Gerichtssaal saßen und sich das anhören mussten. Und die Richter nahmen es zur Kenntnis und hörten sich die Argumente an. Dadurch wurde die Geschichte für viele dieser Leitmedien-Journalisten gewissermaßen bestätigt, was sehr, sehr interessant war und eine echte Chance für Julians Verteidigung darstellte. Die Richter, so mein Eindruck, waren engagierter als bei früheren Anhörungen. Und ich glaube, sie wussten, dass sie unter großer Beobachtung und politischem Druck standen, der von Ländern wie Australien ausging, das erst in der Woche vor der Anhörung eine Resolution im australischen Parlament verabschiedet hatte, in der Großbritannien und die USA aufgefordert wurden, den Prozess zu beenden und Julian nach Australien zurückzuführen. Die Richter empfanden meiner Meinung nach den Druck, sich wirklich so zu verhalten, als ob sie die Angelegenheit angemessen behandeln würden. Das war also sehr interessant. Und dann, denke ich, bestand einer der interessantesten Aspekte darin, dass die Staatsanwaltschaft über den Fall sprach und nicht ausschließen konnte, dass Julian im Falle seiner Auslieferung an die Vereinigten Staaten nicht die Todesstrafe erhalten würde. Also fragten die Richter die Staatsanwälte: „Können Sie ausschließen, dass Julian nicht zum Tode verurteilt wird?“ und sie, die Staatsanwaltschaft, musste ganz offen sagen: „Nein, das können wir nicht ausschließen. Wenn er ausgeliefert

wird, könnte er möglicherweise zum Tode verurteilt werden“. Aber es gab auch einen anderen interessanten Moment, in dem die Richter zur Staatsanwaltschaft sagten: „Sie meinen also, dass jeder Journalist im Vereinigten Königreich nach diesen Regeln an die Vereinigten Staaten ausgeliefert werden könnte?“. Und die Staatsanwaltschaft antwortete: „Ja, das würde für jeden Journalisten im Vereinigten Königreich gelten“. Die Tatsache, dass all diese Dinge vor Gericht zur Sprache kamen und von all den Journalisten der etablierten Medien aufgegriffen wurden, war meiner Meinung nach sehr gut für Julians Fall, denn das alles half vor Gericht. Was Julian anbelangt, so habe ich ihn letzte Woche besucht. Und es ist beängstigend, wissen Sie, beängstigend, ihn im Gefängnis zu sehen. Er war – es war... Normalerweise gehen wir hin und lachen und machen Witze, aber dieses Mal fand ich die Szene im Gefängnis ziemlich beängstigend.

MB: Warum war es beängstigend, ihn zu sehen?

GS: Ich mache mir einfach Sorgen um seine Gesundheit, sein körperliches Wohlbefinden und seine geistige Gesundheit. Der Anhörungsprozess war, glaube ich, sehr zermürbend für ihn, und man weiß nie, wie man ihn vorfindet, wenn man ihn besuchen geht. Dort [nicht hörbar] konnte ich nicht mit ihm telefonieren oder so. Deshalb sind diese Besuche für mich immer sehr beunruhigend. Es ist natürlich schön, ihn zu sehen, aber ja, ich hatte das Gefühl, dass ich mir noch mehr Sorgen machen sollte als bisher.

MB: Warum war es Ihrer Meinung nach so wichtig, die CIA-Verschwörungen gegen Julian vor Gericht zu schildern? Und vor den etablierten Medien? Warum war dies so zentral für den Fall?

GS: Als Mike Pompeo 2017 während der Trump-Regierung CIA-Direktor wurde, war eine seiner ersten Reden im Wesentlichen eine Beschreibung, wie sie gegen WikiLeaks vorgehen würden, wie er als CIA-Direktor Angriffe auf WikiLeaks leiten würde, und er gab diese neuartige rechtliche Definition, in der WikiLeaks als nichtstaatlicher, feindlicher Geheimdienst definiert wurde. Und das bedeutete, dass sie geheime Operationen gegen WikiLeaks beginnen konnten, ohne jegliche Kontrolle durch den Kongress. Und diese geheimen Operationen ähneln denen, die sie z.B. gegen den iranischen Geheimdienst durchführen könnten. Zu diesem Zeitpunkt wurde die ecuadorianische Botschaft fast zu einem geheimen CIA-Standort mitten in London. Die Sicherheitsfirma, die Julian schützen sollte, wurde schließlich von der CIA genutzt. Sie installierten neue hochauflösende Kameras und Abhörgeräte überall und zeichneten alle Treffen von Julian mit seinen Anwälten und Ärzten auf. Aber es gab auch Pläne, Julian aus der Botschaft zu entführen, Pläne, Julian zu ermorden. Und diese Pläne gelangten sogar bis ins Weiße Haus. Und was in einigen Berichten hierzu zu lesen ist, die vor Gericht vorgetragen wurden, um die wirklich schlechte politische Natur dieser Strafverfolgung zu zeigen, war der Plan, Julian zu entführen. Das Justizministerium sagte zur CIA: „Wenn ihr ihn entführt, wo wollt ihr ihn dann unterbringen? Wir haben nichts, wissen Sie – Sie können ihn nicht einfach an einem geheimen Ort unterbringen. Warten Sie einfach ab. Wir werden ein paar Anklagen zusammenstellen, und dann können Sie ihn aus der Botschaft herausholen“. Dies vor Gericht zu hören, machte die politische Motivation hinter dieser Anklage deutlich. Und im Grunde war es Mike Pompeo,

der durchdrehte, richtig?! Er ging mit allem, was er hatte, gegen einen Verleger vor und setzte das Justizministerium als Waffe ein, um sich für die Blamage zu rächen, die sie erlitten hatten, weil sie die Kontrolle über die CIA-Hacking-Tools verloren hatten. Es war also wichtig, denn nach dem Auslieferungsabkommen gibt es eine Ausnahmeregelung für politische Anschuldigungen. Man kann nicht aufgrund politischer Anschuldigungen ausgeliefert werden. Die Feststellung der politischen Motivation, die hinter der Anklage nach dem Espionage Act stand, war für das Gericht sehr wichtig, weil sie direkt auf die Ausnahmeregelung im Auslieferungsabkommen Bezug nimmt.

MB: Der Punkt ist, dass mit diesen CIA-Verschwörungen gegen ihn, die wir in The Grayzone aufgedeckt und dokumentiert haben, seine Rechte vollkommen verletzt worden sind. Sein Anwaltsgeheimnis wurde verletzt. Und im Grunde genommen sagen Sie, dass es keine Möglichkeit gibt, ihm in den USA einen freien und fairen Prozess zu gewähren.

GS: Ja, vollkommen richtig. Außerdem halte ich die Vorgänge um Julian für fast schon ein weiteres Leak an sich. Es zeigt auf, wie all diese Institutionen korrupt sein können und wie sie als Waffen gegen Menschen eingesetzt werden können, die Staatsverbrechen aufdecken. Ich denke, wenn man an die Pentagon Papers zurückdenkt und was mit Daniel Ellsberg geschah, mit den Klempnern und Daniel Ellsbergs Bespitzelung – sie brachen in Daniel Ellsbergs psychiatrische Praxis ein, was letztendlich dazu führte, dass sein Fall vom Gericht verworfen wurde. Aber es war auch Teil von Nixons Amtsenthebungsverfahren. Daher glaube ich, dass es für die Machthaber echte Konsequenzen haben kann, wenn sie aus der Haut fahren und diese Institutionen auf diese Weise in Anspruch nehmen.

MB: Wie wir in The Grayzone dokumentiert haben, wurden die Geräte von Mitarbeitern bekannter Medien wie der Washington Post von CIA-Agenten in der ecuadorianischen Botschaft entwendet, die sich als Sicherheitsbeamte ausgaben. Diese Geräte wurden gehackt. Die Reporter wussten von den Vorfällen. Sie fanden es später heraus, doch die Medien schwiegen. Glauben Sie, dass sich die Haltung der Medien, der etablierten Medien, der Leitmedien gegenüber Julian seither geändert hat?

GS: Es gab zwar einige Berichte über das Verfahren, aber in den Vereinigten Staaten nicht sonderlich viele. Was wirklich interessant war, ist die Medienberichterstattung im Vereinigten Königreich. Es herrschte eine große Nachfrage nach Stimmen, die Julians Perspektive einnahmen. Ich selbst, Julians Frau Stella, Kristinn Hrafnsson, mein Vater, wir alle waren in jeder einzelnen Mediensendung im Vereinigten Königreich zu Gast. Wir konnten die Nachfrage nach Stimmen von Julians Seite nicht befriedigen. Ich denke also, dass das eine interessante Entwicklung war, die sich geändert hat; im Vereinigten Königreich herrscht jetzt eine ganz andere Stimmung. Aber definitiv in den USA, ich meine, Sie sprechen von, wie heißt sie noch gleich?

MB: Ja, es war Ellen Nakashima von der Washington Post.

GS: Ja. Ellen Nakashima, dessen Geräte ausspioniert wurden, die aber nicht darüber geschrieben hat. Also, ja, aber, es macht einen schon etwas stutzig und sagt mehr über sie aus

als über Julian oder unsere Seite.

MB: Erwarten Sie nach dieser jüngsten Runde des Gerichtsverfahrens ein bestimmtes Ergebnis, oder glauben Sie, dass man die Angelegenheit weiter aufschieben und weitere Berufungen zulassen wird, so dass sie bis November andauern wird?

GS: Ein mögliches Ergebnis wäre es, wenn die Berufung in einigen sehr engen Punkten für eine spätere Anhörung zugelassen wird und Julian im Gefängnis bleibt. Für jeden, der diese Art von Material veröffentlichen will, bleibt die Botschaft bestehen, dass man in ein endloses Gerichtsverfahren verwickelt und ohne Verurteilung in einem Hochsicherheitsgefängnis festgehalten wird. Wissen Sie, im Vereinigten Königreich ist er nicht einmal angeklagt, aber sie halten ihn seit fünf Jahren im Gefängnis fest. Ich denke also, dass dies ein Ergebnis ist, das dem Status quo in diesem Sinne entspricht. Aber es besteht eine sehr reale Chance, dass sie den Antrag auf Berufung ablehnen und die Auslieferung anordnen werden. Und dann könnte er recht schnell an die Vereinigten Staaten ausgeliefert werden. Ich könnte mir vorstellen, dass sie im Vorfeld der Wahlen einen solchen Fall hier wirklich nicht haben wollen. Ich meine, ich weiß nicht, wie sie denken. Vielleicht tun sie es doch. Vielleicht wollen sie diese unabhängigen Stimmen, die im Vorfeld der Wahl immer stärker werden, zum Schweigen bringen. Vielleicht wollen sie den Verleger nach dem Espionage Act strafrechtlich belangen, nur um der Presse hier in den Vereinigten Staaten zu zeigen, dass sie keine Angst haben, sie zu verfolgen, wenn sie sich gegen das Regime aussprechen.

MB: Und was ist mit den Beschränkungen der freien Meinungsäußerung im Vereinigten Königreich, wie dem neuen National Security Act, der im Parlament ausdrücklich zu dem Zweck ausgearbeitet wurde, WikiLeaks anzugreifen und andere WikiLeaks-ähnliche Organisationen am Aufkommen zu hindern. Gibt es in diesem Land überhaupt noch freie Meinungsäußerung?

GS: In diesen Belangen, würde ich sagen, gibt es das wirklich nicht. Und abgesehen von den unabhängigen Stimmen, denen sich die Menschen jetzt immer mehr zuwenden, finde ich, dass die traditionellen und institutionellen Medien – ich glaube, Julian hat darüber gesprochen und dieses Problem schon lange erkannt – ein Problem sind. Wissen Sie, sie sind im Wesentlichen ein Arm des Staates. Und sie arbeiten Hand in Hand mit diesen Institutionen, um der Öffentlichkeit Kriege zu verkaufen. Und Julian hat darüber berichtet, das ist wahrscheinlich einer der Gründe, warum er WikiLeaks gegründet hat. Ich meine, sie können all diese Sicherheitsgesetze erlassen, die sie wollen, aber am Ende des Tages müssen wir anerkennen, dass diese Institutionen mit dem Staat zusammenarbeiten, um der Öffentlichkeit Dinge zu verkaufen, die sie nicht mögen.

MB: Und die Medien, die britischen Medien, sind dem Staat absolut gehorsam, wenn eine D-Notice, also ein offizielles Verbot an die Presse, bestimmte für die innere Sicherheit wichtige Informationen zu veröffentlichen, verhängt wird.

GS: Sie kommen alle zusammen und entscheiden im Wesentlichen, was veröffentlicht wird. Und es ist ein bisschen offizieller, sie haben die D-Notice-Gruppe in Großbritannien, also ist

es ein bisschen offizieller, als es hier in den USA der Fall ist.

MB: Hier in den USA wendet sich die CIA einfach an die New York Times und sagt: „Hey, wir brauchen unser sogenanntes Black Budget vom Kongress genehmigt, können Sie einen Artikel über all die fantastische Arbeit schreiben, die wir in der Ukraine geleistet haben?“ Und die New York Times tut es bereitwillig.

GS: Ja, und es besteht eine Art Drehtür zwischen diesen Institutionen, Sie wissen schon, den staatlichen Institutionen und den Medienorganisationen. Die Leute verlassen die CIA und bekommen einen Job bei CNN. Die Formel ist also ein bisschen anders, aber ich halte es für dasselbe.

MB: Wenn Julian also an die USA ausgeliefert wird, was kommt dann als nächstes? Was ist die nächste Phase dieses Kampfes, und was ist die Verantwortung von Aktivisten und Kräften der Graswurzelbewegungen hier in den USA?

GS: Sollte Julian hierher kommen, werden wir eine Massenmobilisierung von Aktivisten brauchen, die in dieser Angelegenheit wirklich auf die Straße gehen. Und wir bitten die Leute immer, sich mit ihren Repräsentanten zu engagieren, und wir haben gesehen, dass das an anderen Orten in der Welt erfolgreich war; vor ihren Büros zu protestieren, sich mit ihnen zu treffen, sie anzurufen, Karten zu schicken, E-Mails zu schicken, um den Kongress rumzurennen, sich bei ihnen bemerkbar zu machen, wie es Code Pink tut, all diese Dinge sind großartig und funktionieren, um die Unterstützung für Julian bei den Gesetzgebern voranzutreiben. Und wir haben in der ganzen Welt gesehen, oder besonders in Australien, dass, sobald wir diesen Fluss von Aktivisten ins Parlament oder in den Kongress erreichen, dies auch einen Einfluss auf die Führung in ihren Entscheidungen haben kann. Das ist also der Weg, zu dem wir die Leute immer ermutigen.

MB: Gabriel Shipton, danke, dass Sie Ihre Erkenntnisse mit uns in The Grayzone geteilt haben.

GS: Sehr gerne. Ich danke Ihnen, Max.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail:
PayPal@acTVism.org

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org